

**Gerlinde Schermer:**

**Trotz neuer Versprechen des Senats über mehr Investitionen ins Wassernetz - Ziel verfehlt!**

**Sanierung des Kanalsystems wird Einhaltung der Schuldenbremse geopfert  
7.10.2015**

Ende Januar 2014 berichteten Medien über die maroden Zustände der Berliner Kanalisation:

„Wenn die Löcher in den Straßen immer größer werden oder S-Bahnen auf Verschleiß gefahren werden, dann ist das nicht lange vor den Bürgern zu verbergen. Anders sieht es bei Rissen und Löchern in den Rohren unter der Erde aus. Laut einer neuen Studie, die von der Stiftung Baugewerbe in Auftrag gegeben wurde, weist das teilweise Jahrhunderte alte Berliner Kanalsystem rund 14 000 Schäden der höchsten Kategorie auf, bei denen dringender Sanierungsbedarf besteht. Aus den Löchern in den Rohren tritt nicht nur Abwasser aus und gelangt ins Grundwasser, sondern es besteht auch die Gefahr, dass die Straßen darüber absacken“, schreibt z.B. die MOZ.

**Wie konnte es zu diesem katastrophalen Substanzverfall des Kanalsystems in Berlin kommen und welche Lösung kann es geben?**

Dazu erklärt Gerlinde Schermer, mit dem Berliner Wassertisch engagierte Kämpferin für die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe:

„Die genannte Studie berichtet, dass die Berliner Wasserbetriebe (BWB) die Sanierungsstrategie der Wasserbetriebe, die im Jahr 2011 noch unter der Vorherrschaft der privaten Anteilseigner postuliert wurde, fortsetzen wollen. Zwar will der Berliner Senat die annähernde Verdopplung der Erneuerungsrate (Sanierung von Kanalabschnitten in Bezug zum Gesamtkanalnetz) durch Effektivitätssteigerungen (z. B. durch Verbundmaßnahmen) erreichen. Doch festzustellen ist, dass mit dieser „Sanierungsstrategie 2011“ das Sollziel für die Erneuerungsrate gegenüber der „Strategie 2008“ **um 30 %** abgesenkt wurde. Ursprünglich hatte man zum Ziel, bis zum Jahr 2020 eine Erneuerungsrate von annähernd 1 % zu erreichen (d.h. Erneuerung des kompletten Kanalnetzes in 100 Jahren). Doch dieses Ziel wird nach Aussagen der BWB mit der „Strategie 2011“ nicht mehr verfolgt. Mit der aktuellen „Strategie“ verantwortet die Politik bei den BWB eine Erneuerungsrate von 0,33 %, was eine Sanierung **des Rohrnetzes in 303 Jahren** gleichkommt.

**Im Klartext, die Instandhaltung wird „gestreckt“.**

Die Berliner Wasserbetriebe investieren nicht genug ins Rohrleitungsnetz. Die Schädigung der Substanz wird dabei von den Verantwortlichen in Kauf genommen. Und obwohl die BWB wieder zu 100 Prozent in kommunaler Hand sind, werden sie weiterhin **als privatwirtschaftliche, gewinnorientierte Holding** geführt. **Die „Re-kommunalisierung“ der BWB erfolgte auf Druck des Wasservolksentscheides, der 2011 mit 98% Zustimmung ein deutliches Machtzeichen setzte.**

Der Berliner Senat kaufte die Anteile von RWE (2012) und Veolia (2013) zurück. Das Geld dafür kam nicht aus dem öffentlichen Haushalt. Der Rückkauf erfolgt durch die Aufnahme der derzeit günstigen Kredite auf den Wasserbetrieb.

(Grund dafür: Die Verschuldung des öffentlichen Betriebes wird NICHT bei den Schulden des öffentlichen Haushaltes Berlin eingerechnet. Berlin hat aktuell ca. 60 Mrd. € Schulden, bei ca. 3,3 Millionen Einwohnern. Der Stabilitätsrat der Bundesregierung zählt die Kreditschulden für den Rückkauf nicht dazu.)

1. Die Refinanzierung der Kredite erfolgt durch die Fortsetzung der Preispolitik, die unter dem Druck des Privatisierungsvertrages eingeführt worden sind, aus den Wasserpreisen.
2. Verlangt die Berliner Regierung Geld aus dem öffentlichen Wasserbetrieb zur Haushaltskonsolidierung!

Zwar wurden die Tarife für Trinkwasser 2012 und 2013 um ca. 60 Millionen jährlich abgesenkt (auch auf Druck des Bundeskartellamtes). Die Tarife bleiben für 2016 auf abgesenktem Niveau, werden aber immer noch mit **6,1% Zinsen (Rendite) auf das Betriebsnotwendige Kapital** kalkuliert, darin enthalten ist ein "**Zuschlagssatz von 2,2%**", der nach unserer Meinung gegen die Verfassung verstößt.

**Es bleibt dabei: Auch nach dem Rückkauf sind Wachsamkeit und Transparenz nötig. Wir müssen als Bürgerinnen und Bürger weiter die Kontrolle ausüben und fordern vom Senat Rechenschaft über den Verbleib unserer Wassergelder, besonders der Gelder, die explizit für Investitionen vom Wasserkunden erhoben werden.**

Der Finanzsenator steht nach der Rekommunalisierung der BWB in der Verantwortung, ein Verfahren zu entwickeln, das eine öffentliche und transparente Kontrolle der Verwendung der Finanzmittel, die die Berliner Bevölkerung jährlich für die Sanierung des Rohrnetzes über den Wasserpreis bereitstellt, sichert.

**Gibt es Transparenz, wird der wirkliche Konflikt sichtbar werden.**

Denn der Senat verwendet die aus den überhöhten Preisen erzielten Mehreinnahmen, die er den Bürgern explizit für im Wasserpreis kalkulierte Investitionsausgaben abnimmt, zur Finanzierung des verschuldeten Landeshaushaltes und Einhaltung der Schuldenbremse.

**Das wollen wir nicht hinnehmen. Was für Wasser bezahlt wird, soll auch da bleiben.**

Das Grundrecht der BürgerInnen und Bürger auf eine ausreichende Finanzierung für die öffentliche und soziale Infrastruktur ist unvereinbar mit der Auslieferung des Wassers an den kapitalistischen Wettbewerbsmarkt. Jede private Beteiligung auch über PPP lehnen wir ab. Um die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern, muss die **volle finanzielle und politische Verantwortung zu 100% in öffentlicher Hand liegen** und das Handeln des Betriebes muss **echter demokratischer Kontrolle** zugänglich sein.

Dabei ist natürlich auch klar, dass die ausreichende Finanzierung der Wassernetzes unvereinbar ist mit dem vom Berliner SPD/CDU-Senat verordneten Sparhaushalt unter dem Diktat der Schuldenbremse. Dieser Diskussion kann man nicht ausweichen!

**In Bezug auf die dringend notwendigen politischen Entscheidungen für die Wiederherstellung und den Erhalt des Berliner Kanalsystems kommt es neben der Verantwortung der Regierung auch auf das Handeln der Gewerkschaften an, die über die paritätische Mitbestimmung in dem nun wieder zu 100% dem Land Berlin gehörenden Betrieb sehr wohl Einfluß nehmen könnten, im Interesse des Betriebes und des Gemeinwohls!**

**Wer Verantwortung haben will, muß sie auch wahrnehmen!**

**Da bisher Transparenz nicht gewahrt ist, fordern wir, die Bürgerinitiativen, diese Transparenz weiter ein- und zwar von allen Mitgliedern im Aufsichtsrat der BWB und dem Parlament .**

- Wir fordern eine **öffentliche Diskussion über die Verzinsungsregeln** bei der Kalkulation der Wasserpreise **unter Bürgerbeteiligung**
- **Die Einnahmen für Investitionen müssen jährlich transparent den Ausgaben für Investitionen gegenübergestellt werden.**

(2014 wurden vom Wasserkunden 349,8 Millionen € für Investitionen gezahlt, aber nur 274,3 Millionen für Investitionen ausgegeben, davon noch große Teile über Kredit, obwohl genügend Geld vom Kunden gezahlt wurde.) Das Versprechen des Senats, ab 2016 jährlich ca. 50 Millionen Euro mehr zu investieren als früher, reicht uns deshalb nicht.

- **Wir fordern zusammen mit den Bauindustrieverbänden ein öffentliches Investitionsmonitoring. Was wird mit unserem Geld finanziert? Die Diskussion beginnt gerade!**